

Antrag

des Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Abgabe eines Berichts zur Lage der Nation durch Bundeskanzler Gerhard Schröder

Der Bundestag wolle beschließen:

Bundeskanzler Gerhard Schröder wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag unverzüglich in einer Regierungserklärung einen Bericht zur Lage der Nation abzugeben.

Berlin, den 10. Februar 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Gut hundert Tage nach der Regierungserklärung zum Beginn der zweiten Amtsperiode der Koalition von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN herrscht wegen der völlig verfahrenen Situation tiefe Verunsicherung in Deutschland. Viele Bürger fürchten um ihre Arbeitsplätze oder sind arbeitslos, die Sozialversicherungen stehen vor dem Ruin und außenpolitisch verspielt Deutschland sein Vertrauen in der Welt. Die Versprechen in der Regierungserklärung vom 29. Oktober 2002 sind bereits heute Makulatur.

Die aktuellen Arbeitsmarktdaten für Januar 2003 zeigen, dass die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland weiter wächst. Eine Veränderung ist nicht in Sicht. Es fehlt an Impulsen. Deutschland braucht jetzt eine Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung. Wir brauchen eine Politik mutvoller Reformen, die die Interessen der Arbeitslosen und derjenigen, die um ihre Arbeitsplätze fürchten, wieder in den Vordergrund stellt. Der Einfluss der Gewerkschaften muss massiv zurückgedrängt werden.

Die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ulla Schmidt, zeigt sich außerstande, die längst überfälligen Reformen im Gesundheitswesen zeitnah einzuleiten. Die bisher angekündigten Vorschläge schaffen nicht mehr Freiheitsräume für die Betroffenen, sondern sind Ausdruck planwirtschaftlicher Gesinnung. Die Probleme im Gesundheitswesen nehmen zu, die Beiträge sind gestiegen, während die Patientenversorgung immer unsicherer wird. Sachverständige Vorschläge gibt es bereits genug, sie müssen nur aufgegriffen werden.

Deutschland liegt im Vergleich des Wirtschaftswachstums der Industrieländer am Tabellenende. Gleichzeitig wachsen jedoch Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit. Wir brauchen keinen beschönigend als „auf Kante genäht“ bezeichneten Haushalt, der dann wieder nach einem halben Jahr korrigiert wird. Deutschland braucht jetzt einen wirklichen Kassensturz und einen neuen Aufbruch. Strukturreformen des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherungssysteme dürfen nicht weiter herausgezögert werden.

Im Lichte der außenpolitischen Isolierung Deutschlands und der von der Bundesregierung zu verantwortenden schwerwiegenden Beschädigung des transatlantischen Verhältnisses ist auch außen- und sicherheitspolitisch eine Umkehr notwendig. Die Zeit eines „Deutschen Sonderweges“ ist unwiderruflich vorbei. Die Bundesregierung muss sich wieder ernsthaft um eine europäische Linie bemühen und das transatlantische Verhältnis erneuern. Die Isolierung Deutschlands muss aufgebrochen werden. Kurzum: Eine Kurskorrektur ist unumgänglich.

Der Bundeskanzler hat nach dem Ergebnis der Landtagswahlen am 2. Februar 2003 die persönliche Verantwortung für die Enttäuschung der Bürger über die verfahrenere Situation in Deutschland übernommen. Es muss ein Ende haben mit dem Chaos in der Steuer- und Wirtschaftspolitik, der steigenden Massenarbeitslosigkeit, dem Versuch, Budgets zu schönen, den Rentenproblemen und dem Wirrwarr in der Gesundheitspolitik. Dass die Bevölkerung jetzt endlich marktwirtschaftliche Reformen für den Standort Deutschland durchgesetzt sehen will, ist nach dem Verdikt in den letzten Wahlen nicht mehr zu leugnen. Die Menschen in Deutschland erwarten einen klaren und überzeugenden Politikwechsel und weit aufgestoßene Reformfenster. Eine Politik des „Weiter so“, wie sie vom Bundeskanzler angekündigt worden ist, wird es nicht geben können, ohne dass die Bundesrepublik Deutschland weiter Schaden nimmt.

Die Einrichtung runder Tische und die Ankündigung von Allianzen reichen nicht aus. Sie ersetzen kein Parlament und keine notwendigen Entscheidungen.

Der Deutsche Bundestag muss deshalb die Gelegenheit haben, die Politik des Bundeskanzlers im Rahmen einer Regierungserklärung zur „Lage der Nation“ unverzüglich zu diskutieren.